

Expert*innengespräch „Was wir aus der Corona-Krise lernen können und sollten“

Teilnehmende:

Expert*innen: Britta Weisel (Demokratie / Rechtsstaatlichkeit), Wulf Kellerwessel (Wissenschaft), Bernd Mathieu (Medien), Annette Bosetti (Kultur), Manfred Piana (Wirtschaft), Ralf Woelk (Soziales)

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen: Adolf Bartz, Norbert Greuel, Christoph Meysen, Herbert Taudien, Britta Weisel

Ziele:

- Die Corona-Krise und ihre Folgen besser verstehen
- Die Wirkung der Maßnahmen der Einschränkung auf der einen und der Maßnahmen der Lockerung andererseits einschätzen und abwägen
- Eine Balance zwischen den Werten Gesundheit auf der einen und Lebensqualität sowie wirtschaftliche Existenzsicherung auf der anderen Seite finden
- Uneindeutigkeit und Ungewissheit aushalten (Ambiguitätstoleranz) und akzeptieren, dass Wissenschaft immer nur vorläufige und revidierbare Wahrheiten liefert
- Politik als einen Prozess würdigen, der auf der Grundlage unvollständiger Informationen unter Bedingungen der Ungewissheit Entscheidungen treffen muss
- Unterschiedlichen Meinungen moderierend ein öffentliches Forum geben und damit den Dialog als Wesensmerkmal demokratischer Prozesse fördern
- In der Zukunft aus Corona lernen und dafür sorgen, dass es nach Corona nicht einfach so weitergeht wie bisher.

Fragen an die Expert*innen:

- Wie hat sich die Corona-Krise auf uns ausgewirkt – persönlich und institutionell?
- Welche Unterstützung brauchen wir, um als Bürger*innen die Corona-Krise und ihre Folgen bewältigen zu können?
- Was können wir selbst tun?
- Was lernen wir aus der Corona-Krise? Was ist als Wert und was als Gefahr sichtbar geworden?
- Was folgern wir aus der Corona-Krise für den Umgang mit langfristigen Themen wie dem Klimawandel und der sozialen Gerechtigkeit?

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK

1) Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (Britta Weisel)

Die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Infektionen waren im Interesse des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit mit einer Einschränkung vieler weiterer Grundrechte verbunden: das Allgemeine Persönlichkeitsrecht, das Recht auf Informationelle Selbstbestimmung, das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf persönliche Freiheit, Glaubensfreiheit, Informationsfreiheit, Pressefreiheit, Kunstfreiheit, Wissenschaftsfreiheit, Schutz von Ehe und Familie, das Recht auf Bildung, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit, Berufsfreiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Eigentum, allgemeine Handlungsfreiheit sowie die Umsetzung des Rechts auf Asyl. Das Grundrecht auf effektiven Rechtsschutz konnte nur eingeschränkt verwirklicht werden; dies gilt ebenso für den Datenschutz.

Unsere Grundrechte sind einerseits subjektive Rechte, die in ihrer Funktion als Abwehr-, Leistungs- und staatsbürgerliche Rechte alle Staatsgewalt binden. Sie sind andererseits objektive Rechte, die dem Schutz von Einrichtungsgarantien und der objektiven Wertordnung dienen. Sie sind damit wesentlich für unsere Demokratie. Werden Grundrechte derart massiv eingeschränkt, wie wir das jetzt erleben, ist im Sinne der Demokratiewahrung zu klären, ob diese Eingriffe auf rechtsstaatlicher Grundlage erfolgen – im Fall der Pandemie ist das das Infektionsschutzgesetz.

§ 32 ermächtigt die Landesregierungen, Rechtsverordnungen zu erlassen – aber nach dem Wesentlichkeitsgrundsatz mit der Einschränkung, dass wesentliche Entscheidungen weiterhin dem Parlamentsvorbehalt unterliegen. Das Parlament kann also keine Blankoermächtigungen erteilen, sondern definiert selbst den wesentlichen Inhalt. Dies vor allem deshalb, weil es bei Eingriffen in Grundrechte in der Regel um die Gewichtung von gegenläufigen Verfassungsgrundsätzen geht. Diese Abwägungen sind nicht der Verwaltung zu überlassen, sondern fordern stets eine normative Regelung. Der Zweck des Wesentlichkeitsgebots besteht also in der parlamentarischen Steuerung und Begrenzung der exekutiven Verordnungsmacht. Im Umkehrschluss folgt daraus für die Regierungen, dass Rechtsverordnungen nicht über die im Parlamentsgesetz festgelegten Zwecke hinausgehen dürfen, insbesondere bezüglich zugelassener Grundrechtseingriffe.

Mit der Aussage in § 28, dass die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen trifft, erteilt das Gesetz eine generelle Ermächtigung. Diese wird aber durch das Zitiergebot nach Art. 19 GG begrenzt: Ein Gesetz, das ein Grundrecht einschränkt, muss dieses Grundrecht **unter Angabe des Artikels** nennen. In § 32 IfSG werden als solche Grundrechte die Freiheit der Person, die Freizügigkeit, die Versammlungsfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Brief- und Postgeheimnis genannt – weitaus weniger, als durch die Maßnahmen der Landesregierungen eingeschränkt worden sind. Hier wird als Gefahr in Krisenzeiten deutlich, dass die Exekutive sich nicht an rechtsstaatliche Grundsätze hält mit der Begründung, es herrsche dringender Handlungsbedarf.

Rechtsstaatliche Defizite der derzeit erlassenen Gesetze und Verordnungen unterstreichen die Dringlichkeit, sich auf solche Notfälle vorzubereiten. Es muss Alarmstimmung verbreiten, wenn die Behörden sich in der Krise womöglich teilweise der Bindung von Recht und Gesetz entledigen. Sie tun dies – das möchte ich annehmen – in dem Bewusstsein, das derzeit Beste beschließen zu wollen. Aber sie brauchen auch für „das Beste“ eine demokratische Legitimation. Darauf müssen wir als

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK

mündige Bürger bestehen. Gerade unter Druck müssen die „Spielregeln“ des Rechtsstaates gelten und müssen wir uns darauf berufen können.

Eine Lehre: Es muss für Krisen parlamentarische Verhaltensregeln geben, die dafür sorgen, dass das Parlament umgehend einberufen werden kann und beschlussfähig ist – ggf. durch die Einrichtung eines zahlenmäßig reduzierten Not-Parlaments. Das Parlament darf nicht seine Entscheidungskompetenz an die Exekutive delegieren.

Der Föderalismus hat sich in der Krise eher bewährt, weil die Maßnahmen die regional unterschiedlichen Bedingungen berücksichtigen müssen. Aber die Balance der drei Gewalten ist nicht ausgeglichen gewesen. Dafür ist eine Stärkung des Parlaments auf allen Ebenen (Bundestag, Landtage und kommunale Räte) erforderlich.

2) Wissenschaft (Wulf Kellerwessel)

Die Wissenschaft war institutionell vom Lockdown betroffen, weil er den persönlichen Austausch und die Kooperation von Wissenschaftler*innen verhinderte – Austausch und Kooperation sind aber für Wissenschaft konstitutiv. Der Bedarf an wissenschaftlicher Expertise zur Corona-Pandemie hat ja auch und gerade deutlich gemacht, dass hier mehrere Wissenschaften zusammenwirken müssen, um eine begründete und tragfähige Expertise zu bieten, auf die sich dann auch die Politik bei ihren Entscheidungen stützen kann.

Die Krise hat deutlich werden lassen, dass die Öffentlichkeit und auch die Politik zum Teil falsche Erwartungen an die Wissenschaften und ihre Leistungsfähigkeit stellen. Sie erwarten eindeutige Antworten und Gewissheiten – und das in kurzer Zeit. Wenn aber die Wissenschaften verantwortliche Lösungen bieten sollen, erfordert das Zeit für Untersuchungen und Selbstkorrekturen. Solche Selbstkorrekturen sind in der Wissenschaft ein ganz normales Verfahren und dienen der Qualitätssicherung, wirken in der Öffentlichkeit unter Umständen aber so, als wüssten die Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen auch nicht, was die richtigen Lösungen sind. Hier wäre eine bessere Kommunikation erforderlich, damit die Wissenschaften in den Medien die gewünschten Effekte erzielen. Dazu gehört die Mitteilung, dass die Wissenschaft und die Wissenschaftler*innen auch im Bereich der Naturwissenschaften und der Medizin immer nur vorläufige Wahrheiten liefern. Wissenschaft bietet Begründung und dadurch ein höheres Maß an Sicherheit als das bloße Meinen. Je mehr das Wissen dem Zweifel ausgesetzt wird, der dann wissenschaftlich diskutiert wird, umso größer die Chance, dass das letztlich gewonnene Wissen in höherem Maße verlässlich ist.

Positiv war in der Corona-Krise, dass sich die Politik in Deutschland bewusst gewesen ist, auf die wissenschaftliche Expertise angewiesen zu sein, statt sie – wie in anderen Staaten – zu ignorieren. Allerdings sollte die Politik-Beratung sich nicht nur auf die fachlich einschlägigen Wissenschaften wie die Medizin, sondern auch auf die Wirtschaftswissenschaften beziehen, wenn es darum geht, Lieferketten, Transport- und Dienstleistungen zu regionalisieren, um die Versorgung auch in Krisenzeiten besser sichern zu können und dadurch weniger verletzbar sein. Neben den „harten“ sind auch die „weichen“ Wissenschaften wie die Praktische Philosophie – z.B. im Hinblick auf Fragen

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK

der sozialen Gerechtigkeit - wichtig. Auf lange Sicht ist der Einfluss der Wissenschaft auf die Politik von grundlegender Bedeutung, um über Prognosen mögliche Gefahren zu antizipieren und schon im Vorhinein Szenarien mit denkbaren positiven Reaktionen darauf zu überlegen.

3) Medien (Bernd Mathieu)

Persönlich hat die Corona-Kritik den Anstoß zu mehr Aufmerksamkeit für die Umgebung und zu Achtsamkeit und Respekt gegenüber den Menschen gegeben, die sich z.B. in der Krise aktiv und unter Inkaufnahme persönlicher Risiken um die Patienten gekümmert haben. Zudem sind bereits vorhandene Einsichten wie die in die Bedeutung der Digitalisierung verstärkt worden.

Die Medien haben in der Krise eine große Verantwortung, über die Pandemie zuverlässig zu informieren und die Proteste gegen die Maßnahmen zwischen berechtigter Sorge und Verschwörungstheorien einzuordnen. Sie haben damit zugleich ein Abwägen bei Handlungsoptionen gefördert statt einer Rechthaberei, die nur noch richtig und falsch kennt. Ein anderer Teil der Medien hat dagegen Meinungsmache gefördert. Der schmale Grat zwischen seriöser Information und Sensation ist geblieben.

Welche Unterstützung brauchen wir, um als Bürger*innen die Corona-Krise und ihre Folgen bewältigen zu können? Von den Medien: Differenzierung und Nuancierung. Im Gegensatz dazu wird aber das Interesse der Rezipienten immer fragmentierter und punktueller. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung hat sich ins Groteske verhärtet. Was das eigene Weltbild stört, muss ausradiert werden. Wir haben fast jede Form der Streitkultur verloren. Kompromisse werden fast unmöglich. Aufgabe der Medien muss stattdessen sein, dass sie für eine produktive Streitkultur sorgen, aus der Kompromisse hervorgehen, die mehrheitlich getragen werden. Voraussetzung dafür ist, Kompromisse als Gewinn und nicht als Niederlage zu werten oder medial so darzustellen.

Damit das anders geht, brauchen die Medien die Unterstützung wacher und mutiger Bürger*innen. Wir müssen hier eine völlig andere Form des Bürgerdialogs entwickeln als Form der Mitbestimmung in einem Gemeinwesen und in der Moderation wesentlicher städtischer Prozesse. Dafür gibt es erfolgreiche Beispiele in Hamburg, Karlsruhe, in Ostbelgien, in den Niederlanden

Als Wert hat die Corona-Krise deutlich gemacht, was bürgerliche Tugenden sind: Gegenseitiges Vertrauen, Toleranz, innere und äußere Unabhängigkeit, emotionale Sensibilität und Stabilität, Selbstbewusstsein, Standpunkte vertreten, auch mal gegen den Strom schwimmen. Widerspruch erhöht die Qualität der Diskussion.

Was lernen wir aus Corona, welche Themen wirklich relevant sind? Z.B. beim bevorstehenden Sommerthema Dürre: Wie gehen wir mit Wasser um? Was unternehmen wir lokal, konkret? Soziale Gerechtigkeit: Nicht Milliarden für die Lufthansa, sondern für die Pflege und die Kultur.

Fragen: Corona als Zündfunke für Gewalt gegen Journalisten? Wie kann ihr entgegengewirkt werden?

Zündfunke ist nicht nur Corona. Das war das Thema „Asyl – Flüchtlinge“. Das ist z.T. eine Folge der Entwicklung in den Medien selbst, die an Vertrauen verloren haben.

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK

Das sind die Journalisten z.T. selbst schuld, das ist auf der anderen Seite durch die Social Media über sie hereingebrochen. Die glaubwürdigsten Medien sind – laut Erhebung des Allensbach-Instituts - seit Jahren die regionalen Tageszeitungen und die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Am wenigsten glaubwürdig ist das Internet, aber da sind die meisten Akteure unterwegs.

4) Kultur (Annette Bosetti)

Die Kultur ist von der Corona-Krise durch das Aufführungsverbot massiv betroffen worden. Die Gefahr, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionen zum Todesstoß insbesondere für die freien Künstler und die freie Kulturszene, aber auch für institutionalisierte Kultur werden können, ist nicht gebannt. Insbesondere in der freien Szene waren die Konsequenzen zum Teil existenziell, weil Einkommen weggebrochen ist und nur Hartz IV oder gar nichts blieb – weil der Stolz vielen verbietet, Hartz IV zu beantragen und damit Unabhängigkeit aufzugeben.

Kultur ernährt sich in den meisten Fällen nicht selbst, sondern braucht Hilfe. Der Regisseur Hansgünther Heyme hat mal gesagt: „Theater ist die Müllabfuhr der Seele und deshalb muss man das Theater genauso unterstützen wie die Müllabfuhr.“ Als Grundsatz würde ich der Politik und uns als Maxime ins Heft schreiben: Kultur ist ein Lebensmittel. Es gibt eine Studie mit dem Ergebnis: Wer regelmäßig Kultur zu sich nimmt, der lebt länger. Die Begründung in der Studie: Kulturell Interessierte bewegen sich mehr, sind fitter im Kopf und seelisch gesünder.

Welche Kultur sollte nun gefördert werden? Kultur ist grundlegend für die Identität – eines Landes, einer Stadt, eines Individuums. Nietzsche: Kultur ist vor allem Einheit des künstlerischen Stils. Stil. Da stellt sich die Frage: Von welchem Stil reden wir heute und von welchem Volk? Welchen gemeinsamen Nenner gibt es in diesem Land, in dem ein Viertel der Erwachsenen und 40% der 3-6-Jährigen Migrationshintergrund haben (ohne Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften)? Wir haben einen ungeheuren Dissens zwischen den Religionen, den Familiensystemen und der offenen Gesellschaft in der Schule.

Die Leistung der Kultur: Sie kann Menschen zusammen bringen, die sich sonst fern sind. Voraussetzung dafür ist, Kultur nicht auf Hochkultur zu beschränken, ist nicht nur eine Sache der Elite, sondern muss alle sozialen Schichten und Clubs, Discos, also die Orte umfassen, wo man sich begegnen, sich feiern, sich darstellen und erleben lassen kann. Die Randalen von Stuttgart war ein Zeichen dafür, dass jungen Männern diese Gelegenheiten fehlten und der Frust sich dann auf der Straße äußerte. Also: Man muss Kultur weiter fassen. Der Mensch, so ein chinesisches Sprichwort, ist von Natur aus böse. Wenn er dennoch gut ist, so ist das die Frucht der Kultur. Kultur bietet diskursive Räume und den Platz, um zu diskutieren. In ihr kann man Udenkbare denken. Kultur ist ein Mittler: das Mittel für die Verständigung zwischen Menschen, die sich fern sind und fremd sind. Das Analoge gehört zum Kulturerleben dazu. Kultur ist in diesem Sinne Wertschätzung von Menschen, Geringschätzung ist Barbarei (Gerhart Hauptmann). Deshalb ist Kultur von grundlegender Bedeutung in der Bildung junger Menschen.

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK

Für die Bürgerstiftung sollte das heißen: Neue Orte für Kultur und kulturellen Austausch schaffen und dabei den Wert der analogen Begegnung betonen und der Dominanz des Digitalen entgegenwirken.

5) Wirtschaft (Manfred Piana)

Die Maßnahme zum Schutz vor der Corona-Infektion hat vor allem die Gastronomie und Einzelhandel getroffen und z.T. in existenzielle Notlage gebracht. Die Auswirkungen wird man erst im September / Oktober wahrnehmen, wenn sich die Spreu vom Weizen trennt. Profitiert hat eventuell der Online-Handel, aber der Zuwachs war viel geringer als prognostiziert. Da hat man Kaufzurückhaltung festgestellt. Profitiert hat auch der Lebensmittelhandel. Mit der Lockerung profitierte auch der Einrichtungshandel wegen des sogenannten Cocooning: Man fühlt sich zu Hause wohl wie in einem Kokon und investiert dann auch. Zudem haben Home Office und Video-Konferenzen eine Verbesserung der Ausstattung mit sich gebracht.

Bei der Festlegung von Maßnahmen ist vor allem Verlässlichkeit wichtig, um Planungssicherheit zu gewährleisten. Lockerungen lieber später, dafür aber sicher. Wenn es Zusagen gibt, die dann wieder kurzfristig geändert werden, hilft das dem Handel überhaupt nicht. Beispiel: Zuerst waren Großveranstaltungen bis Ende August verboten, dann bis Ende Oktober. Besser wäre gewesen, von vornherein zu sagen, dass sie bis Ende des Jahres verboten sind. Dann kann man auch über Alternativen nachdenken. So wird es kein September Special geben, aber dafür ein September Special light mit Riesenrad auf dem Katschhof. Damit schafft man positive Stimmung.

Was können wir selber tun?

Corona hat zugleich deutlich gemacht, dass der lokale Handel für die Lebendigkeit der Städte lebenswichtig ist. Für die Kunden sollte die Konsequenz sein, mehr regional einzukaufen. Dazu braucht es kreative Ideen und eine Stärkung des regionalen Handels, der seine Attraktivität steigern kann, indem er mit dem Kauf auch Erlebnisse und Service bietet. Er muss zudem Online zu finden sein, weil der Kunde sich erst mal dort orientiert, bevor er entscheidet, wo er kauft.

Die Lockdown-Maßnahmen haben ermöglicht, dass die Infektion kontrollierbar wurde. Der Schaden für den Handel und Betriebe wird insoweit wettgemacht. Kritisch zu sehen sind Fake News und Verschwörungsfantasien. Da müssen wir aufpassen, dass sie nicht zu einer Gefahr für die Demokratie werden und wir müssen uns vorbereiten, künftige Krisen besser managen zu können.

Eine solche Überprüfung schließt das Nachdenken darüber ein, wie einer weitergehenden Spaltung von Arm und Reich entgegengewirkt werden kann. Das würde auch dem regionalen Handel nutzen. Denn wenn es den Leuten gut geht, geht es auch dem Handel gut. Eine Gefahr für den Handel kann sein, dass die Leute in der Krise gemerkt und akzeptiert haben, dass man mit viel weniger auskommt. Das Ergebnis wird sein, dass auch in Zukunft weniger gekauft und konsumiert wird. Das kann dann aber wiederum eine Chance sein für mehr Nachhaltigkeit der Produkte und der Produktion.

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK

Was wir aus Corona lernen können, ist, dass wir die gesamte Wirtschaftsstruktur und die globalen Lieferketten überprüfen und durch eine Stärkung der regionalen Produktion sowie eine vorausschauende Vorratsbewirtschaftung – beispielsweise bei Medikamenten und Schutzausrüstungen - den Abhängigkeiten entgegenwirken müssen, die der globale Weltmarkt mit sich bringt. Da geht es dann auch um faire Produktions- und Arbeitsbedingungen weltweit.

6) Soziales (Ralf Woelk)

Die Corona-Krise hat zu Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt geführt, die einmalig sind und mit denen die Krise 2008/09 nicht zu vergleichen ist. Diese wirkte sich überwiegend auf den industriellen Produktionssektor aus, aber jetzt sind ja auch der komplette Dienstleistungsbereich und der öffentliche Dienst betroffen. In diesen quantitativen Dimensionen hat es das noch nicht gegeben: Ein Drittel der Beschäftigten in Kurzarbeit und zusätzlich in der StädteRegion eine Erhöhung der Arbeitslosenzahlen um 17,5 % gegenüber dem Vorjahresmonat.

Für viele Menschen, die davon ökonomisch betroffen sind, stellt sich die Frage, wie sie ihren Alltag noch finanziert und die Familie ernährt bekommen. Dazu kommen noch die Menschen, die als Schwarzarbeiter*innen „unter dem Radar“ bleiben. Beispiel: Plötzlich wird deutlich, wie viele Putzkräfte nicht angemeldet und ohne soziale Absicherung arbeiten und nun beim Lockdown nicht mehr arbeiten konnten und kein Einkommen hatten.

Sorgen macht auch die Berufsausbildung: Im Vergleich zum Vorjahr 25% weniger eingetragene Ausbildungsplätze als Folge von Corona. Das trifft vor allem die Jugendlichen, die nicht in der Lage sind, sich selbst zu kümmern und initiativ zu werden, und denen die Schule als Begleitung und Unterstützung beim Übergang in die Berufsausbildung fehlte. Berufsbörsen oder Speed Dates haben nicht stattgefunden und sie werden auch in den Sommerferien nicht stattfinden. Da drohen die prekär Betroffenen dieses Schuljahrgangs durchs Rost zu fallen.

Was lernen wir aus Corona und was sollten wir tun – mit dem Vorbehalt, dass die Wirkungen der Krise noch gar nicht einzuschätzen sind?

Wir brauchen mehr Nachhaltigkeit und wir brauchen eine Stärkung der regionalen Wertschöpfungsketten. Aber da stellt sich die Frage: Geht das unter den Bedingungen des globalisierten kapitalistischen Wirtschaftssystems? Ob das funktioniert, entscheidet sich an der Ladentheke über den Preis. Da ist die regionale Produktion gegenüber anderen Ländern wie z.B. China nicht konkurrenzfähig. Auch beim Klimaschutz ist die Frage, ob das unter dem Zwang, Wachstum zu generieren, funktionieren kann. Protektionismus wäre eine Antwort, aber das will ja auch und zu Recht keiner.

Wir brauchen zudem Einkommen, die über den Tag hinaus auch eine Vorsorge für Krisensituationen wie die Corona-Krise ermöglichen. Denn die soziale Schieflage, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat, hat jetzt dazu geführt, dass viele Beschäftigte, vor allem in den prekären Bereichen, von Corona unmittelbar existenziell bedroht waren. Der öffentliche Beifall für die Pflegekräfte war als Ausdruck des Respekts toll – aber dann muss er auch Konsequenzen bei den Einkommen und in den Tarifverhandlungen haben.

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK

Also: Gute Arbeit und Tarifbindung herstellen. Wenn man existenzsichernde Löhne, existenzsichernde Renten und ein existenzsicherndes BAföG generiert, trifft einen die Krise nicht mit so einem Hammer, wie das jetzt der Fall ist.

Das gelingt aber nur, wenn die öffentliche Hand so finanziert wird, dass die öffentlichen Dienstleistungen auch in Krisensituationen gesichert sind. Dabei muss man bei den Kommunen anfangen, denn sie tragen die Hauptlast. Voraussetzung dafür ist, dass wir uns von dem neoliberalen Grundsatz verabschieden: Privat vor Staat – stattdessen ist Vertrauen in die Demokratie und den Staat grundlegend. Das schafft man aber nur mit einem starken Staat, der in solchen Situationen wie jetzt so reagieren kann, wie er reagieren muss. Zum Beispiel sind Gesetze zu mehr Arbeitsschutz nicht umsetzbar, weil die Menschen, die man für die Kontrolle braucht, nicht ausgebildet worden sind.

Da brauchen wir wieder eine Orientierung an der Staatsraison und eine Stärkung des Staates.

Frage: Ist es so, dass wir Wachstum brauchen, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen – und wenn wir Wachstum brauchen, dann in anderer Weise: mit den Werten Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit?

Ja – das beeinflusst mehr und mehr auch die Kaufentscheidungen der Konsumenten. Wir können ein Wachstum mit geringerem Ressourcenverbrauch gestalten, aber ohne Wachstum funktioniert unser Wirtschaftssystem nicht.

Austausch:

Die Krise hat Missstände sichtbar gemacht. Das Problem ist, dass Empörung und Aufregung immer nur kurzfristig und nicht nachhaltig sind. Hier sind auch die Medien gefragt, solche Themen nicht nach wenigen Tagen wieder fallen zu lassen, sondern auch hier für Nachhaltigkeit zu sorgen und Themen auf Wiedervorlage zu legen.

Hier sind aber auch die Leser*innen in der Verantwortung. Schwierig ist: Die Kunden haben einerseits Einflussmacht, denn ihre Kaufentscheidungen steuern, was produziert wird, und sie können deshalb für einen Wandel sorgen. Andererseits werden die Kunden durch die Marktstrukturen und –angebote geprägt.

Der Hebel sind die jungen Leute. Welche Haltungen sie herausbilden, hängt von der Schulausbildung und die wieder von der Lehrerausbildung ab. Lernen die Schüler*innen z.B. den Umgang mit den Sozialen Medien? Lernen Sie, auf die Herausforderungen in der Zukunft vorbereitet zu sein? Oder lernen sie nur Fächer?

Wichtig ist eine Klärung, welche Rolle der Staat hat: Wie steuert er? Was verhindert er? Was ermöglicht er? Da jedes Gesetz, mit dem gesteuert werden soll, sogleich daraufhin geprüft wird, wo es Lücken gibt, muss der Gesetzgeber beachten, diese Lücken zu schließen. Wir Bürger*innen könnten die Krise zum Anlass nehmen zu fragen, wo es Missstände gibt, die zwar legal, aber menschenunwürdig sind, und den Gesetzgeber aufzufordern, diese Missstände abzustellen.

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK

Empfehlungen an die Bürgerstiftung:

Der Bürgerstiftung sei empfohlen, darüber nachzudenken, wie sie neben den üblichen Veranstaltungsformaten wie Vorträgen Modelle entwickeln kann. Beispiele dafür:

- 1) Wissenschaft und Medien: Wissenschaft braucht nicht nur den fachlichen, sondern auch den öffentlichen Austausch. Sie kann die Medien nutzen, um ihre Fragen, Forschungen, Ergebnisse öffentlich verständlich zu machen, um Wissenschaft und Bürgerschaft, aber auch Politik und Wissenschaft zusammen zu bringen.
- 2) Da Bildung und Kultur für Kinder und Jugendliche grundlegend für die Qualität ihres Lebens wie das gesellschaftliche Zusammenleben sind, sollte die Bürgerstiftung Modelle einer Kultur für Kinder und Jugendliche entwickeln bzw. die Akteure in diesem Feld für eine solche Entwicklung zusammenbringen.
- 3) Den Mangel an Ausbildungsplätzen öffentlich bewusst machen und mit den Partner*innen in diesem Bereich die Probleme öffentlich so bewusst machen, dass Druck für eine Veränderung entsteht.
- 4) Einen Bürgerdialog nach dem Modell Ostbelgiens anregen und in der Region initiieren, um die Leute mitzunehmen. Wie ein Aachener Bürgerdialogmodell entwickeln? Möglicher Ansprechpartner: Herr van Loo, ehemaliger Bürgermeister von Vaals, oder Oliver Paasch.

Generell: Welche anderen Formate als Vorträge etc. könnte die Bürgerstiftung umsetzen und welche könnten eine stärkere öffentliche Wirkung haben? Wie kann die Bürgerstiftung auch andere, vor allem auch benachteiligte Stadtteile, in den Blick nehmen, dort präsent sein und die Bürger*innen dazu ermutigen, Einfluss zu nehmen? Wie kann sie für die Einhaltung der demokratischen Regeln sorgen?

Dabei bieten die Expert*innen grundsätzlich an, bei Bedarf von der Bürgerstiftung um Rat gefragt zu werden. Für Vorschläge und Angebote muss klar sein, welche Formate – Vorträge, Podiumsdiskussionen oder andere Formate – die Bürgerstiftung umsetzt. Dann können die Expert*innen entscheiden, ob sie selbst dazu beitragen können oder die Beiträge anderer vermitteln können. Von der Vielfalt der Formate hängt auch ab, wie die Bürgerstiftung öffentlich wahrgenommen wird. Mit den Aktionen schärft man sein Profil.

Ansprechpartner:
Adolf Bartz: a.bartz@kpnplanet.nl

Kontakt

Bürgerstiftung Lebensraum Aachen
Frankenburg, Goffartstr. 45
52066 Aachen
Vorsitzende Britta Weisel

info@buergerstiftung-aachen.de
www.buergerstiftung-aachen.de
Fon 0241 / 45 00 130
Fax 0241 / 45 00 131

Spendenkonto
DE46 3706 0590 0003 6900 91
BIC GENODED1SPK